

// Im Blickpunkt

Das Merkblatt des Bundeskartellamts zu Mittelstandskooperationen vom März 2007 begründet eine tiefgreifende Veränderung der Struktur des Mittelstandskartells. *Karl/Beutelmann/Müller-Feldhammer* entwickeln zwölf Thesen zu deren künftigen Gestaltung. Eine erste Bewertung des Weißbuchs der Europäischen Kommission zu kartellrechtlichen Schadensersatzklagen nehmen sodann *Weidenbach/Schaller* vor. Ständige Mitarbeiter – sie beraten, unterstützen und fördern die redaktionelle Arbeit. Daher freue ich mich, Ihnen in dieser Ausgabe die Ständigen Mitarbeiter des Ressorts Wirtschaftsrecht auf der Letzten Seite vorzustellen.

Dr. Martina Koster, Ressortleiterin Wirtschaftsrecht

**Entscheidungen****BGH: Einschränkung der Geschäftsführerhaftung bei Zahlungen nach Insolvenzreife**

Mit Urteil vom 5.5.2008 – II ZR 38/07 – hat der BGH entschieden, dass generell die Pflicht des Geschäftsführers zur Massesicherung nach § 64 Abs. 2 GmbHG auch dann eingreift, wenn er nach Insolvenzreife der eigenen Gesellschaft Gelder auszahlt, die der Gesellschaft lediglich treuhänderisch von anderen Konzerngesellschaften überlassen worden sind. Im Streitfall hat der Senat allerdings eine Ersatzpflicht des Geschäftsführers gleichwohl abgelehnt, weil er in der konkreten Situation (hier: Pflichtenkollision) mit der Sorgfalt eines ordentlichen Geschäftsmanns i. S. des § 64 Abs. 2 S. 2 GmbHG gehandelt habe. Denn er war einerseits gehalten, die Gelder für die Insolvenzmasse der GmbH zu sichern, andererseits musste er aufgrund des Treueverhältnisses zu den anderen Gesellschaften die Gelder an deren Gläubiger auszahlen.

(Quelle: PM des BGH vom 5.5.2008)

BGH: Zur Kommanditistenhaftung bei negativem Kapitalanteil

Der II. Zivilsenat bestätigt mit seiner Entscheidung vom 5.5.2008 – II ZR 105/07 – erneut – seine Rechtsprechung, derzufolge nach § 172 Abs. 4 HGB jede Rückzahlung an den Kommanditisten haftungsbegründend ist, wenn und soweit dadurch der Kapitalanteil des Kommanditisten unter den Betrag seiner Haftsumme sinkt oder schon zuvor diesen Wert nicht mehr erreicht hat (BGHZ 84, 383, 387 f. und erneut zeitlich nach dem Berufungsurteil Hinweisbeschluss vom 9.7.2007 – II ZR 95/06, BB 2007, 2249 Tz. 8).

(Quelle: PM des BGH vom 5.5.2008)

BGH: Haftung der Internetauktionshäuser für Rolex-Plagiate

Der BGH hat mit Urteil vom 30.4.2008 – I ZR 73/05 – an seiner Rechtsprechung zur Haftung von

Internet-Auktionshäusern für Markenverletzungen festgehalten. Der I. Zivilsenat hat betont, dass den Auktionshäusern zwar keine unzumutbaren Prüfungspflichten auferlegt werden dürfen, die das gesamte Geschäftsmodell in Frage stellen würden. Sie sind jedoch verpflichtet, technisch mögliche und ihnen zumutbare Maßnahmen zu ergreifen, damit Plagiate gar nicht erst im Internet angeboten werden können.

(Quelle: PM des BGH vom 30.4.2008)

BGH: EuGH-Vorlage zur Auslegung der Haustürgeschäfte-RL

Der II. Senat hat dem EuGH mit Beschluss vom 5.5.2008 – II ZR 292/06 – folgende Fragen zur Vorabentscheidung vorgelegt: Werden Beitritte zu Personengesellschaften, Vereinen oder Genossenschaften mit dem vorrangigen Ziel einer Kapitalanlage von der Bestimmung des Art. 1 Abs. 1 S. 1 der Richtlinie 85/577/EWG erfasst? Sind die Bestimmungen der Art. 5 Abs. 2 und Art. 7 der Richtlinie dahin auszulegen, dass sie der Behandlung des widerrufenden Verbrauchers als (zunächst) wirksam beigetretenen Gesellschafter mit allen daraus folgenden Rechten und Pflichten bis zum Zeitpunkt des Wirksamwerdens des Widerrufs entgegenstehen.

(Quelle: PM des BGH vom 5.5.2008)

BGH: Konditionssperre in Bezug auf Zuwendungen im Rahmen von „Schenkcreisen“

Mit Urteil vom 13.3.2008 – III ZR 282/07 – hat der BGH entschieden: Die Konditionssperre des § 817 S. 2 BGB entfällt nicht nur bei Bereicherungsansprüchen, die sich gegen die Initiatoren eines „Schenkcreises“ richten, sondern allgemein bei allen Zuwendungen im Rahmen derartiger Kreise, ohne dass es auf eine einzelfallbezogene Prüfung der Geschäftsgewandtheit und Erfahrenheit des betroffenen Gebers oder Empfängers ankommt (Fortführung des Senatsurteils vom 10.11.2005 – III ZR 72/05).

Volltext des Urts.: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-1013-1 unter www.betriebs-berater.de

BGH: Gläubigerversammlung – Schlagwortartige Bezeichnung der Tagesordnung erforderlich

Der BGH hat mit Beschluss vom 20.3.2008 – IX ZB 104/07 – entschieden: Die öffentlich bekannt zu machende Tagesordnung der Gläubigerversammlung muss die Beschlussgegenstände zumindest schlagwortartig bezeichnen. Eine in der Bekanntmachung mitgeteilte Paragrafenkette, noch versehen mit dem Zusatz „gegebenenfalls“, genügt diesen Anforderungen eindeutig nicht (vgl. zu einer Einladung zu einer Vereinsversammlung BGH, Urteil vom 2.7.2007 – II ZR 111/05, BB 2007, 2310).

Volltext des Urts.: [// BB-ONLINE](#) BBL2008-1013-2 unter www.betriebs-berater.de

Gesetzgebung**Verbraucherinformationsgesetz in Kraft**

Das Verbraucherinformationsgesetz (VIG) ist am 1.5.2008 in Kraft getreten. Jeder Bürger kann – unabhängig von seinem Wohnsitz und ohne dass es einer besonderen Begründung bedarf – von den Behörden Informationen verlangen über alle Erzeugnisse im Sinne des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches, also Lebensmittel, Kosmetika und Bedarfsgegenstände. Die Behörden sind verpflichtet, die Fragen der Bürger zu beantworten oder Akteneinsicht zu erteilen.

Bundesratsentwurf eines Kreditnehmerschutzgesetzes

Der Bundesrat hat am 25.4.2008 beschlossen, den Entwurf eines Gesetzes zur Begrenzung der Risiken des Kreditverkaufs (Kreditnehmerschutzgesetz) beim Bundestag einzubringen. Ziel des Gesetzes ist es, den Schutz von Schuldner bei Forderungsverkäufen durch Banken zu verbessern und die Transparenz zu stärken.